



Beginn:  
17:00

Ende:  
20:20

**CDU-Fraktion**

Herr Heinz Bogatzki  
Frau Anette Braun-Kohl  
Herr Ernst Dörfler  
Frau Marlies Goetze  
Herr Dr. Dieter Gräßler  
Herr Reiner Schüren

Vertretung für Herrn Wolfgang Goeken  
Vertretung für Frau Hildegard Treis

Vertretung für Herrn Georg Irschfeld  
Vertretung für Frau Meike Lukat

**SPD-Fraktion**

Frau Marion Klaus  
Herr Ulrich Klaus  
Herr Peter Küpper  
Herr Michael Schneider  
Herr Bernd Stracke

Vertretung für Frau Ute Dörr

**FDP-Fraktion**

Herr Michael Ruppert  
Herr Reinhard Zipper

Vertretung für Herrn Patrick Sobbe

**GAL-Fraktion**

Herr Jochen Sack

Vertretung für Frau Silvia Ramsel

**UWG-Fraktion**

Frau Elisabeth Cordts

Vertretung für Herrn Veli Malovic

**Schriftführer**

Herr Udo Thal

**Der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Stracke**, eröffnet um 17:00 Uhr die 16. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Bestellung eines Schriftführer-Stellvertreters

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

#### **Beschluss:**

„Bei Änderung der Tagesordnung wird als TOP 1 der Punkt „Bestellung eines Schriftführer-Stellvertreters“ eingefügt und wegen Verhinderung des bestellten Schriftführers Herr StOVR Thal zum Schriftführer-Stellvertreter bestellt.“

### 2./ Bedarf an Pflegeplätzen und Demenzpflegeplätzen in Haan - Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 26.05.2008 - Vorstellung des beabsichtigten Projekts an der Bahnhofstr. Vorlage: 51/006/2008

---

Der Vorsitzende, Herr Stv. Stracke, begrüßt Herrn Dr. Kasimier, Geschäftsführender Gesellschafter der STELLA VITALIS GmbH, Dinslaken, sowie Herrn Jungblut, Architekt bei der Busse Geitner GmbH, Düsseldorf.

Herr Dr. Kasimier stellt sich persönlich und das Unternehmen vor.

Er begründet die Entscheidung für Haan u. a. mit dem gegebenen Bedarf auf Grund statischer Zahlen, mit Hinweis auf die demografische Entwicklung sowie mit eigenen Recherchen. Beabsichtigt sei, an der Bahnhofstrasse insgesamt 91 vollstationäre Pflegeplätze zu errichten, davon 85 in Einzelzimmer und 6 in 3 Doppelzimmer. Über die gesetzlich genannte Standardgröße von 80 Plätzen hinaus habe der Kreis wegen des Bedarfs eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Mit dieser Einrichtung entstünden neue 40 bis 50 Arbeitsplätze mit der Präferenz, diese möglichst aus dem Ort zu besetzen.

Er erläutert die Konzeption und führt u. a. aus, die Bewohnerstruktur werde die Pflegestufen „0“ bis 3 umfassen. Die Beköstigung erfolge über eine Vollversorgerküche und nicht über externe Dienstleister. Über Pflegepersonal hinaus würden zur zusätzlichen Betreuung zwei Kräfte „Sozialer Dienst“ eingesetzt. In der Einrichtung werde ein gemeinsames Leben von Jung und Alt stattfinden, er suche die enge Zusammenarbeit mit den in Haan tätigen Vereinen und Verbänden, u. a. auch mit Kindergärten.

Es werde keine ambulante Pflege angeboten, hier werde keine Konkurrenzsituation zu anderen Anbietern stattfinden.

Herr Jungblut stellt in einer Präsentation die an der Bahnhofstrasse bauliche bzw. räumliche Konzeption vor.

---

Frau Stv. Braun-Kohl führt aus, das Grundstück werde wegen der Größe und der Lage an der Hauptverkehrsstrasse für nicht ideal gehalten. Wünschenswerter sei ein Standort in Innenstadtnähe.

Herr Dr. Kasimier erläutert, andere günstigere Grundstücke seien denkbar, er habe in Haan ein zweites Grundstück angeboten bekommen. Das Grundstück an der Bahnhofstrasse sei durch das Unternehmen geprüft und als gut geeignet bewertet worden. Standorte und damit Grundstücke müssten auch unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit betrachtet werden. Ein Standort in der Innenstadt könnte auch mit Nachteilen behaftet sein, z. B. sei die Grünflächenausweisung dann eher problematisch.  
Er biete an, eine vergleichbare im Betrieb befindliche Einrichtung zu besichtigen.

Herr AM Küpper erklärt, er sehe den Standort ähnlich kritisch, die Prüfung eines anderen Standortes sei wünschenswert. Er bitte um Auskunft, ob die Gestaltung der Räumlichkeiten so flexibel sei, dass Veränderungen zwischen Einzel- und Doppelbelegung ermöglicht würden. Des weiteren bitte er um Auskunft, ob auch betreutes Wohnen ermöglicht werden könne. Er sei der Auffassung, die Anzahl der vorgesehenen Stellplätze reiche nicht aus.

Herr Jungblut erläutert, Einzelräume könnten für eine Doppelnutzung zusammen gezogen werden.

Zu den weiteren Fragen führt Herr Dr. Kasimier aus, nach Rechtsprechung des OVG Münster sei die Kombination einer vollstationären Pflegeeinrichtung mit dem Angebot „Betreutes Wohnen“ nicht zulässig. Hinsichtlich der Stellplätze werde die durch die Bauaufsicht geforderte gesetzliche Norm erfüllt.

Herr Stv. Ruppert erklärt, die Stellplatzfrage sei im PLUVA zu beraten. Zur rechnerischen Feststellung der Bedarfsfrage lege der Kreis 20 % der über 80 Jährigen zu Grunde. Dem Bericht von Herrn Dr. Kasimier habe er als Bedarfswert 4,9 % der Menschen über 65 Jahre entnommen. Er bitte hierzu um weitere Ausführungen.

Herr Dr. Kasimier erläutert, der von ihm genannte Wert sei ein bundesweiter Maßstab, u. a. auch Grundlage für die Bankenfinanzierung. Dies führe für Haan insgesamt zu einer Unterdeckung von z. Zt. rd. 140 Plätzen, dies habe der Kreis durch die Ausnahmegenehmigung bestätigt.

Herr Stv. Sack bemängelt, es gebe keine kommunale Bedarfsplanung. Auch sei die Frage zu beantworten, wie das Leben der älteren Mitmenschen künftig aussehen solle. Er bitte um Auskunft, ob die Zielgruppe auch Menschen von deutlich unter 80 Jahren beinhalte und ob auf eine veränderte Nachfrage, z. B. verstärkt Demenzerkrankte, reagiert werden könne.

Nach weiteren Fragen, die auch die unternehmerische Betriebsführung ansprachen, weist der Vorsitzende darauf hin, dass hier nur die den Sozialausschuss betreffenden Angelegenheiten zu diskutieren seien.

Herr Dr. Kasimier führt aus, im Durchschnitt betrage das Alter der Bewohner von Vollpflegeeinrichtungen z. Zt. 82,4 Jahre, jedoch gäbe es einzelne Bewohner mit deutlich geringerem Alter. Die Nachfrage zu Demenzplätzen könne jetzt nicht beantwortet werden, jedoch sei bei entsprechender Nachfrage möglich, den Betrieb einer anderen Station in zusätzliche Demenzplätze umzugestalten. Zu einer Personalfrage erklärt er, das geltende Recht fordere 50 % examinierte Kräfte, in seinen Einrichtungen betrage die Quote 60 %, dies stelle eine Qualitätssteigerung für die Bewohner dar.

Herr AM Dörfler hinterfragt die Wohnverträglichkeit bzw. durch den Betrieb entstehenden

---

Nachbarschaftsbelästigungen an dem vorgesehenen Standort.

Herr Dr. Kasimier erläutert, die Fragen bezüglich Anlieferungen seien über das Planungsrecht, die Bauordnung bzw. das Immissionsschutzrecht zu klären. Er gehe jedoch davon aus, dass diese Fragen zu lösen sind bzw. bereits geklärt sind, auch sonst werde es keine Nachbarschaftsbelästigungen geben.

Frau Stv. Braun-Kohl führt aus, das einschlägige Recht spreche von einer Regelgröße von 80 Plätzen, sie bitte um Mitteilung der Gründe für die Erhöhung auf 91 Plätze und ob die Entscheidung hierüber beim Kreis liege.

Das aktuelle Pflegeergänzungsleistungsgesetz nehme einen Paradigmenwechsel vor, gegenüber der stationären Unterbringung solle künftig die ambulante Leistung stärker in den Vordergrund treten. Darüber hinaus herrsche in den umliegenden Städten bereits ein starker Wettbewerb, der zu Leerständen geführt habe. Man wolle nicht gleiches in Haan.

Herr Dr. Kasimier antwortet, das Landespflegegesetz spreche von einer Soll-Obergrenze, hiervon seien durch den Sozialhilfeträger zu genehmigende Ausnahmen möglich; diese Regelung gebe es nur in NRW. Herauszustellen sei, dass größere Einrichtungen wirtschaftlicher betrieben werden könnten. Der angesprochene Paradigmenwechsel sei seit vielen Jahren als Wille artikuliert, die Praxis sehe jedoch anders aus. Die gesellschaftliche Entwicklung stehe dagegen, den Gesetzgeberwillen zu leben.

Frau Stv. Klaus bewertet die stattgefundene Diskussion als nicht nur positiv und erklärt, sie sei froh, das ein Investor auftrete und eine solche Einrichtung bauen wolle.

Frau Stv. Braun-Kohl beantragt, im nichtöffentlichen Sitzungsteil diesen Tagesordnungspunkt (als TOP 8) erneut aufzurufen, die Tagesordnung wird einvernehmlich entsprechend ergänzt.

---

### **3./ Bericht der Schuldnerberatung**

---

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Stracke, begrüßt Herrn Beyll, Schuldnerberater des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann e.V., und bittet um seinen Bericht.

Herr Beyll bedankt sich für die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Haan sowie für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und berichtet von seiner Arbeit in Haan.

Schuldner- und Insolvenzberatung habe er in 2007 gegenüber 91 Haushalte vorgenommen, es handele sich hierbei um ein vergleichbar hohes Niveau, wie in den Vorjahren. Der Betreuungsaufwand und auch die Betreuungszeiten nehmen zu, es seien deutlich mehr Langzeitkontakte zu verzeichnen. Von den Langzeitkontakten befänden sich 35 Personen im Insolvenzverfahren und 10 Personen im Regelinsolvenzverfahren.

Bei ehemaligen Selbständigen entstünden besondere Problemlagen, diese Situationen erforderten intensive Betreuungen. Ein weiteres Problemfeld, das seine Arbeit erschwere, ergebe sich im Rahmen der Wohnungssuche durch die von Vermietern durchgeführte Bonitätsprüfung in Form einer Schufa-Auskunft.

Im Rahmen der Schuldnerberatung habe er auch Veränderungen hinsichtlich der Altersstruktur festgestellt. Inzwischen seien zunehmend auch ältere Menschen, auch Bezieher von höheren Renten, betroffen.

Besonderes Augenmerk werde auf die Prävention gelegt. Diese beginne bereits im frühen Kindesalter, z. B. sei in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Standranderholung und Familienzentren den Kindern der richtige Umgang mit Geld nahe gebracht worden.

Frau Stv. Braun-Kohl hinterfragt, ob ein Vergleich zu anderen Städten dargestellt werden könne, Erkenntnisse über die Dunkelziffer vorlägen und ob hinsichtlich der anteiligen Finanzierung der Schuldnerberatung absehbar sei, dass neben den Stadtparkassen auch die

---

Geschäftsbanken mit einbezogen würden.

Herr Beyll führt aus, ein Vergleich zu anderen Städten im Kreisgebiet, in denen der Caritasverband die Aufgabe wahrnehme, enthalte jeweils der Jahresbericht der Schuldnerberatung. Darüber hinaus gebe es offizielle Statistiken.

Die Stadtparkassen seien zur Mitfinanzierung der Schuldnerberatung gesetzlich verpflichtet, für die Geschäftsbanken gelte dies nicht. Diese unterstützten einzelne Programme bzw. kleinere Projekte, dies führe jedoch nicht zu einem Systemwechsel. Anzumerken sei, dass Stadtparkassen im Privatbereich regelmäßig zurückhaltender bei Kreditvergaben seien.

AM Herr Zipper merkt an, der Umfang der Tätigkeit sei in der Vergangenheit über Jahre konstant geblieben; er bitte um Auskunft, in welchem Umfang Langzeitberatung zunehme.

AM Herr Schneider bittet um Auskunft über die Zusammenarbeit mit der ARGE ME-aktiv.

Herr Beyll antwortet, zwischen Kurz- und Langzeitberatung sei eine Verschiebung erkennbar. Habe früher der Anteil der Langzeitkontakte rd. ein Drittel betragen, sei aktuell der Anteil auf rd. zwei Drittel gestiegen.

Hinsichtlich der ARGE sei die erlebte Kritik berechtigt, jedoch habe sich die Situation gebessert, aus seiner Sicht auch wegen der vollständigen Besetzung der Planstellen.

#### **4./ Bericht zur Arbeit des Bezirkssozialdienstes (Jugendamt)**

---

Frau Fischer, Abteilungsleiterin Jugendamt, berichtet über und von der Arbeit des Bezirkssozialdienstes (Präsentation: Siehe Anlage).

Frau Bgo. Formella fasst zusammen und ergänzt, Schwerpunkt der Arbeit des Bezirkssozialdienstes mit vielen einzelnen Tätigkeiten sei das Wohl des Kindes.

Durch eine kürzlich erfolgte Einstellung sei die Sollstärke nach langer Stellenvakanz wieder erreicht. In der Arbeit Wichtiges und Wünschenswertes müsse mit Prioritäten versehen werden und hinsichtlich der Ressourcen geprüft und ggf. entsprechend ausgestattet werden. Mit den vorhandenen Ressourcen sei nur Pflichtiges abzudecken. Die Verwaltung stehe im ständigen Dialog mit den freien Trägern und u. a. auch mit den Schulen um zu prüfen und zu definieren, was in der Zusammenarbeit möglich sei.

Auf Frage von Herrn Stv. Ruppert erklärt Frau Fischer, jede Vollzeitkraft bearbeite im Durchschnitt 60 Fälle. Sie ergänzt zu der kürzlich erfolgten Einstellung, es handele sich um die Besetzung einer 0,5 Teilzeitstelle, befristet für ein Jahr. Die für diese Arbeit erforderliche Kontinuität sei noch nicht erreicht.

Herr Stv. Sack führt aus, um Kontinuität zu erreichen sei es wichtig, das Personal langfristig zu sichern. Vor dem Hintergrund des Kinderschutzes müsse der Personalbestand ausgebaut werden.

AM Herr Küpper bittet um Auskunft, welche Punkte den Sozialausschuss betreffen und ob es Schnittstellen gäbe.

Frau Bgo. Formella führt aus, der Schwerpunkt läge bei Jugendhilfeausschuss. Aber die soziale Gesamtsituation sei sowohl für den Jugendhilfeausschuss, als auch für den Sozialausschuss wichtig. Über den Bericht in beiden Ausschüssen solle Transparenz geschaffen werden.

Frau Stv. Goetze hinterfragt, ob das vom Kreis Mettmann entwickelte Projekt in Haan Berücksichtigung finde.

---

Frau Fischer erläutert, Familienhebammen werden im Rahmen von Hilfestellungen in Einzelfällen, hierbei handele es sich regelmäßig um junge Mütter, eingesetzt, dies wegen des gegenüber Pädagogen besonderen Blickes für die Bedürfnisse von Babys. Vorhandene Netzwerke, z. B. mit Kinderärzten, seien jedoch zu stärken. Im Hinblick auf die Personalsituation und der damit verbundenen Prioritätensetzung sei dies zurückgestellt worden.

Frau Bgo. Formella ergänzt, die Verwaltung sei sich des Handlungsbedarfs bewusst. Es müsse und werde zu Konkretisierungen mit freien Trägern, Schulen u. a. kommen, die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII („AG 78“) sei hierfür das richtige Gremium. Sie werde über den weiteren Beratungsprozess informieren.

Frau Stv. Braun-Kohl merkt an, der Bericht habe wenig über Brennpunkte ausgesagt, ebenso fehlten ihr Ausführungen zur Zusammenarbeit mit den freien Trägern und zur Frage, welche Tätigkeiten von den freien Trägern übernommen werden könnten. Das „Baby-Begrüßungs-Paket“ betrachte sie als Chance für einen Erstkontakt, es solle nochmals angegangen werden.

Frau Bgo. Formella führt aus, mit dem vorhandenen Personal sei zusätzliche Prävention nicht zu leisten, dies sei aber das Ziel. Auch aus Gesprächen mit Schulen habe die Verwaltung aufgenommen, dass mehr nötig sei. Der Dialog sei offen, aber auch anspruchsvoll. Alle Beteiligten hätten Vorstellungen und auch Wünsche. Prävention bei Familien mit Neugeborenen im Form eines „Begrüßungs-Pakets“ sei zu wenig, damit wäre eine Chance vertan. Sie bitte um Verständnis, dass jedoch nicht alles sofort zu leisten sei. Im Dialog mit den Beteiligten, u. a. auch in der „AG 78“ seien Prioritäten zu setzen und der hierfür erforderliche Personalbedarf der Politik aufzuzeigen.

Herr Stv. Sack verweist auf das Handeln in Heiligenhaus und erklärt, in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Jugendhilfeplanung solle hierüber ein Vortrag erfolgen um zu erkennen, was mit welchem Aufwand möglich sei.

Herr Stv. Stracke fragt, ob bei Kindeswohlgefährdungen bestimmte Familienstrukturen erkennbar seien.

Frau Fischer erklärt, auch die Zunahme der Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen machten deutlich, dass das Anbieten von frühen Hilfen notwendig sei. Es erfolge Zusammenarbeit, jedoch noch keine strukturierte, mit zwei Kinderärzten. Die Meldungen seien hinsichtlich der Familienstrukturen nicht spezifisch, sondern eher als „querbeet“ zu bezeichnen.

---

## **5./ Beantwortung von Anfragen**

---

AM Herr Küpper erläutert, Ende 2006 habe sich der Ausschuss mit Behindertenfragen beschäftigt und die Funktion des Behindertenbeauftragten geschaffen. Er bitte um Auskunft, ob zwischen Verwaltung und Verbänden Zielvereinbarungen abgeschlossen wurden. Er kündigt, nachdem Frau Bgo. Formella dies verneint, für eine der nächsten Sitzungen einen Antrag der SPD-Ratsfraktion auf Abschluss einer Zielvereinbarung an.

Der Behindertenbeauftragte, Herr Wetzel, erinnert an den in seinem Jahresbericht angesprochenen behindertengerechten Zugang zum städt. Hallenbad und wirbt um Umsetzung einer entsprechenden Maßnahme.

Frau Bgo. Formella erklärt, die Verwaltung prüfe bzgl. des städt. Hallenbades zur Zeit einen steuerlichen Querverbund, die Verwaltung möchte diesen Prozess und das Ergebnis abwarten, bevor ggf. eine Planung bzw. Etablierung erfolge.

## **6./ Mitteilungen**

---

Frau Bgo. Formella teilt zum Betreuungsmanagement mit, nach dem heutigen Gespräch mit dem Caritasverband müssten alle organisatorischen und personellen Voraussetzungen als erfüllt und der heutige Tag als Tag der Arbeitsaufnahme betrachtet werden. In den kommenden Wochen, voraussichtlich bis zum Jahresende, werde die Analyse, die auch die Prüfung der persönlichen Ressourcen beinhalte, durchgeführt.

AM Herr Küpper kündigt Anträge der SPD-Ratsfraktion an, einen Behindertenführer zu erstellen sowie die Barrierefreiheit in Planungsangelegenheiten zu berücksichtigen.

**Nichtöffentliche Sitzung**

**7./ Vortrag eines Haaner Bürgers in eigener sozialer Angelegenheit**

---

**8./ Bedarf an Pflegeplätzen und Demenzpflegeplätzen in Haan**

---

**9./ Beantwortung von Anfragen**

---

- keine -

**10./ Mitteilungen**

---

- keine

---

Bernd Stracke  
(Vorsitzender)

---

(Schriftführer)